



25.10.2018

Leiterin der Wohngruppe der Volkssolidarität Kleinolbersdorf-Altenhain

An die Mitglieder des Petitionsausschusses der Stadt Chemnitz

Herstellung eines befestigten Randstreifens (Fußweg) an der Shakespearestraße im Anschluss an die Brücke über die B 174 im Ortsteil Kleinolbersdorf-Altenhain

Die Begehung des nur rudimentär vorhandenen unbefestigten Randstreifens zwischen der Brücke und der Einmündung der Straße Gartenstadt in die Ferdinandstraße bzw. von der Brücke in Richtung alte Zschopauer Straße stellt besonders für ältere Bürger eine Unfallgefahr dar.

Dieser Fußweg wird auch regelmäßig von mehreren Schulkindern genutzt, die in Richtung Chemnitz oder Zschopau Oberschulen und Gymnasien besuchen, im Winterhalbjahr früh im Dunkeln. Bekanntlich ist auf der alten Zschopauer Straße an der Einmündung der Shakespearestraße schon ein Schüler tödlich verunfallt.

Auf Grund der langen Taktzeiten der Buslinie 56 des Nahverkehrs (ca. stündlich oder länger) muss oft der überörtliche Linienbus nach und von Zschopau/Marienberg bzw. Chemnitz genutzt werden mit der Haltestelle an der alten Zschopauer Straße.

Die Shakespearestraße ist beleuchtet, aber ein ordentlicher Fußweg fehlt. Weshalb hat die Stadt Chemnitz im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens an den schräg abfallenden Rampen im Brückenbereich keinen Fußweg gefordert? Wer trägt für dieses Versäumnis die Verantwortung?

Übrigens wurde an der alten Zschopauer Straße von der Bus-Haltestelle Max-Brand-Straße bis zur Einmündung Walter-Janka-Straße ein neuer Fußweg gebaut, den es zuvor nicht gab. Für diesen Fußweg gab es keinen dringenden Bedarf (z. B. kein Erreichen einer Haltestelle, kein Schulweg). Er wird vorwiegend von Hundebesitzern genutzt.

Die **Forderung** besteht darin, dass dieser Randstreifen (teilweise schon vorhandene ordnungsgemäße Befestigung) auf der stadtseitigen Straßenseite der Shakespearestraße als Fußweg lückenlos weitergeführt wird.

Die Fraktionsgemeinschaft Volkssolidarität/Piraten unterstützt diese Forderung im Interesse der Verbesserung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.